

50 Jahre chinesische Herrschaft in Tibet: eine Bestandsaufnahme



Die Tibeter leben im Spannungsfeld zwischen ihrer eigenen Kultur und der chinesischen Fremdbestimmung.

Anlässlich des 50. Jahrestags des tibetischen Volksaufstands und der Flucht S.H. des Dalai Lama ins Exil zieht der Tibetkenner Thierry Dodin Bilanz: China regiert mit eiserner Faust, aber die Tibeter kämpfen ums Überleben.

von Thierry Dodin

Tibet erlebte im Frühjahr 2008 die größten Unruhen seit dem Volksaufstand vom 10. März 1959. Wie damals erstreckten sich die Proteste über alle Gebiete, in denen Tibeter leben. Die Antwort der chinesischen Regierung war wie gewohnt: Die Sicherheitskräfte reagierten brutal, und die Behörden überzogen das Land mit einer Welle der Propaganda – wie schon in den 50er Jahren. Nach chinesischer Lesart war Tibet eine Gesellschaft von Leibeigenen, die vom ‚Neuen China‘ unter frenetischem Beifall der Volksmassen befreit wurde. Die Behörden deklarieren nun den 28. März 2009 zum „Tag der Befreiung der Leibeigenen“. Schon ab Januar versuchten die Sicherheits-

kräfte im Zuge der Kampagne „Hartes Durchgreifen“, jeden Protest im Keim zu ersticken.

Kein Zweifel, das Tibet der späten 1940er war politisch archaisch. Die Reformbestrebungen des 13. Dalai Lama waren weitgehend am Widerstand des konservativen Klerus gescheitert. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass ein freies Tibet sich nicht geöffnet hätte, zumal seit Beginn des 20. Jahrhunderts starke lokale Reformbestrebungen bestanden. Eine Laienlobby, die sich vornehmlich an japanischen und britischen Vorbildern ausrichtete, hatte sich entwickelt und war auch im konservativen Interregnum zwischen dem 13. und dem 14. Dalai Lama aktiv. Nicht zuletzt war der



junge 14. Dalai Lama selbst ein eifriger Reformier. Doch seine Bemühungen wurden von den chinesischen Invasoren gebremst, schließlich wollte sich die Partei selbst als Speerspitze der Reformbewegung profilieren.

Was die materielle Entwicklung betrifft, so mag Tibet vor 1951 in seiner Gesellschaftsstruktur archaisch gewesen sein, arm war das Land aber nicht. Wissenschaftliche Untersuchungen deuten darauf hin, dass Tibet ein gut funktionierendes Finanzwesen hatte. Der Handel blühte, und die Märkte von Lhasa boten oft mehr Waren an, als vielerorts in China oder Indien erhältlich waren. Es gab eine beträchtliche und kontinuierlich wachsende Akkumulation von Kapital und eine Bereitschaft zu investieren, die, wäre Tibet nur selbstständig geblieben, die Basis für eine Entwicklung im modernen Sinn geboten hätten.

Ein wesentlicher Punkt, der in chinesischen Analysen über das alte Tibet keine Erwähnung findet, ist, dass es in den 1950er Jahren viele Tibeter gab, die geradezu auf die Gelegenheit warteten, Tibet politisch und materiell voranzubringen und die daher mit China kooperierten oder gar in die Kommunistische Partei eintraten. Doch wurden die aufrichtigen und fähigen Reformer unter ihnen bald als ‚tibetische Nationalisten‘ von der Partei verfolgt. Tibetische Opportunisten hingegen, die sich ein Leben lang bei der Partei anbiederten, machten Karriere.

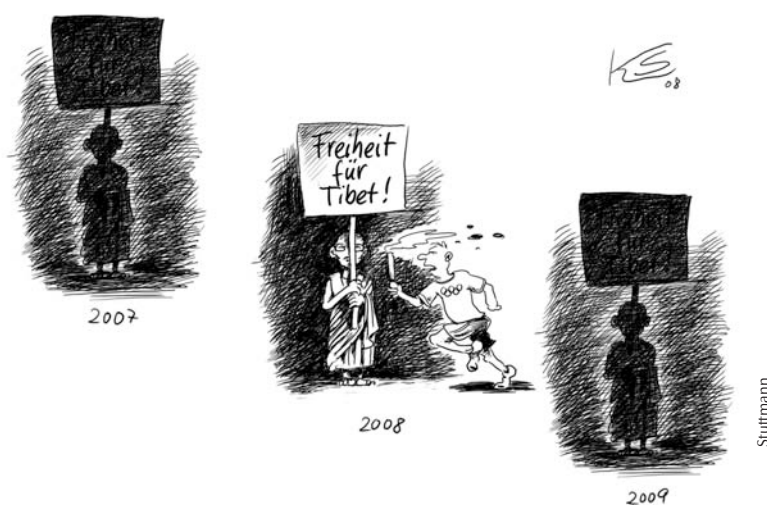
Wirtschaftswachstum verschleiert die soziale Lage

Die Periode zwischen 1959 und den frühen 1970er Jahren war nicht nur politisch und humanitär, sondern auch in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung eine Katastrophe. Und die wenigen Fortschritte, etwa in der medizinischen Versorgung, waren nur wenigen zugänglich. Erst ab 1980 ging es wieder bergauf, wenn auch langsam. Wirkliche Fortschritte gab es erst in den 1990er Jahren, aber diese kamen nur sehr bedingt den Tibetern zugute. Die anfänglichen Wachstumsraten waren nur deswegen so spektakulär, weil man fast vom Nullpunkt startete.

Später – und bis dato – sorgten Subventionen aus Beijing für Wachstum. Sie lassen offizielle Statistiken gut aussehen, werden aber in erster Linie für Projekte vergeben, die Beijings langen Arm noch verlängern: z.B. die Eisenbahnlinie. In diese Kategorie gehören auch Straßen, die China mit Südasiens verbinden, und über die chinesische Güter für den dortigen Verkauf transportiert werden. Der Handel wird in China organisiert, von ethnischen Chinesen und chinesischen Muslimen betrieben und direkt mit indischen oder nepalischen Agenten abgewickelt. Für die Tibeter fällt dabei kaum ein Yuan ab.

Projekte werden meistens von Nicht-Tibetern geplant, realisiert und genutzt. Selbst der Bau von Überwachungsanlagen, Parteilokalen, Polizeiposten in Klöstern etc. schlagen sich positiv in den Statistiken nieder. Subventionen für Tibet bedeuten weitgehend, dass der chinesische Staat und die Staatspartei sich selbst in Tibet subventionieren, nicht aber tibetische Bedürfnisse befriedigen.

Es besteht dennoch kaum Zweifel daran, dass in jüngster Zeit Tibeter in ihren Bemühungen, ihr Land zu entwickeln, gewisse Erfolge erzielten. Doch wo sie erfolgreich waren, waren sie es nicht dank, sondern trotz der Staatsmacht, vorwiegend, indem sie es geschickt verstanden, Nischen zu nutzen. Ein Paradebeispiel dafür ist das Yarsta Gumbu-Geschäft,



ein wertvoller Hochland-Fungus, der sich für medizinische Zwecke starker Nachfrage erfreut. Mit diesem von Tibetern dominierten Geschäftszweig haben ganze Landstriche in wenigen Jahren Fortschritte gemacht.

Tibet hat auch eine diskrete, aber lebendige NGO-Szene. Viele gebildete Tibeter sind bemüht, ihr Land zu entwickeln, wobei es ihnen nicht nur um wirtschaftliche Entwicklung geht, sondern auch darum, dass die Tibeter als Volk weiterbestehen und ihre Kultur und ihre Traditionen weiterentwickeln können, ohne totale Kontrolle durch die Partei. Das aber ist ein schmaler, gefährlicher Grat, vor allem, weil das System auf gegenseitige Überwachung baut und sich auf eine Oberschicht von Beijing-treuen Tibetern stützt, deren Loyalität es sich mit Privilegien oder zunehmend mit wirtschaftlicher Unterstützung sichert.

Zum Beispiel liefen in den letzten Jahren etliche Wohnungsbauprogramme, um Nomadenstämme sesshaft zu machen oder ganze Kleinstädte aus dem Boden zu stampfen. Auch diese schaffen ein trügerisches Wirtschaftswachstum, das teils über Subventionen, teils über Zwangsverschuldung der Betroffenen finanziert wird. Die einzigen klaren Gewinner auf tibetischer Seite sind die Bauunternehmer, deren Familienclans mit der Staatsverwaltung verfilzt sind und die als die treuesten Unterstützer des Regimes gelten. So dient alles direkt oder indirekt der Machterhaltung durch die Kommunistische Partei.

Die tibetische Kultur lebt

Trotz allem: Die tibetische Kultur lebt. Im Grunde sind die Tibeter und die tibetische Kultur der Partei völlig gleichgültig. Was zählt, ist einzig, jeglichen Dissenz im Keim zu ersticken und unbedingte Regimetreue zu sichern. Es gibt im heutigen Tibet nach wie vor ein lebhaftes religiöses Leben, wenn auch die Gelehrsamkeit auf einem relativ niedrigen Niveau stagniert. Das kulturelle Leben ist vital. Die besten tibetischen Schriftsteller oder Maler kommen aus Tibet, nicht aus dem Exil. Was die Unterhaltungskultur betrifft, so gibt es eine lebendige Musikszene auf dem ganzen Plateau. Musikfestivals bieten die beste Bühne für die Tibeter, ihre Kultur zu präsentieren, ihren Unterschied zur chinesischen Kultur zu verdeutlichen und ihren Willen zu zeigen, als eigenständige Nation zu bestehen.

Probleme treten oft in Erscheinung, weil die politische Oberschicht, auf die sich die Staatsmacht stützt, die enge Verbindung zwischen tibetischer Kultur und dem Willen nach Eigenständigkeit erkennt. Sie wissen, dass die überwiegende Mehrheit der Tibeter in erster Linie nicht dem chinesischen Staat, sondern ihrer eigenen Kulturgemeinschaft und natürlich dem Dalai Lama gegenüber loyal ist. Am liebsten würden sie ganz Tibet in eine Art Freilichtmuseum verwandeln, in dem täglich eine entseelte tibetische Kultur inszeniert wird, zu der die Menschen keinen emotionalen Bezug mehr haben und für die sie nicht mehr bereit wären, politisch einzutreten. So sind Konflikte vorprogrammiert, solange Staat und Partei auf Obrigkeitseingehorsam statt auf demokratische, rechtsstaatliche Strukturen setzen. Dies berührt das Kernproblem: Liberalisierungsexperimente kann sich der chinesische Staat in Tibet nicht leisten, denn die Verantwortlichen wissen um ihre Unbeliebtheit. Klar ist: China wird sich nicht von Tibet aus demokratisieren lassen, und so wird es kaum ein anderes Tibet geben, ehe es ein anderes China gibt.

Schon Wochen vor dem 50. Jahrestag des tibetischen Volksaufstands vom 10. März 1959, der zur Flucht des Dalai Lama führte, spitzte sich die Lage zu. Der Staat reagierte wie gehabt: Druck, Einschüchterung und die Einforderung von unbedingtem Gehorsam prägten die Zeit vor dem brisanten Termin. Offizielle Medien berichteten über die vermeintliche Begeisterung, mit der die Tibeter die geplanten Feierlichkeiten zur „Befreiung der Leibeigenen“ vorbereiten, aber auch über die Gefängnisstrafen wegen der Beteiligung an den Protesten vom letzten Jahr. Vielerorts bestimmten Polizeikontrollen das Straßenbild, die strategisch wichtigsten Klöster wurden von neu gegründeten Polizeistationen direkt kontrolliert. Im Januar schon wurde Lhasa von ländlichen tibetischen Einwanderern ‚gesäubert‘, die ein Leben am Rande der Legalität und der Armut fristen und im letzten Jahr weitgehend hinter den ethnischen Auseinandersetzungen vom 14. März standen.

Eine Wiederholung der Ereignisse von 2008 ist kaum zu erwarten. Damals basierte der Erfolg der Bewegung weitge-

hend auf dem Überraschungseffekt, die staatlichen Autoritäten waren gänzlich unvorbereitet. Seit den Unruhen von 2008 sind sie in Alarmbereitschaft. Die meisten Truppen, die vor einem Jahr nach Tibet kamen, um die Proteste einzudämmen, sind noch präsent. Eine Massenbewegung wie damals wäre binnen kurzer Zeit unter Kontrolle zu bringen.

Sollten die Tibeter es dennoch wagen, könnte der Preis noch höher sein als vor einem Jahr. Das ist wohl auch der Grund dafür, dass der Dalai Lama nach wie vor zwar die Ernsthaftigkeit der Lage betont, jedoch von Protesten abrät. Sein Ziel ist es, die Tibeter durch Dialog von ihrem Leid zu erlösen, nicht eine Konfrontation zu schüren, die zwangsläufig noch mehr Leid, aber kaum Erlösung bringen würde. ■

China übernimmt die Herrschaft in Tibet

1949/1950 Die Volksrepublik China startet die Invasion Ost- und Nordosttibets.

1951 Die tibetische Delegation wird gezwungen, in Peking das „17-Punkte-Abkommen zur friedlichen Befreiung Tibets“ zu unterzeichnen. Dieser völkerrechtswidrige Akt besiegelt die Annexion des Landes.

September Einmarsch von Truppen der Volksbefreiungsarmee in Lhasa. Der Dalai Lama bemüht sich um friedliche Koexistenz.

1956 Der Druck auf Tibet wird stärker. Widerstand formiert sich, ausgehend von Osttibet. Dort kommt es zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Chamdo wird bombardiert.

1959 Der Widerstand führt am 10. März zum Volksaufstand gegen die Besatzungsmacht.

17. März Der Dalai Lama flüchtet aus Lhasa. Noch in Tibet erklärt er das Abkommen von 1951 für ungültig. Beim Aufstand kamen nach chinesischen Angaben 87.000 Tibeter ums Leben.



Thierry Dodin war von 1998 bis 2005 Vorstandsmitglied, dann Geschäftsführer des *Tibet Information Network* und anschließend Direktor der Nachfolgeorganisation *TibetInfoNet*. Er arbeitet seit 1990 auch als Tibetologe an der Universität Bonn.